

## **Fragen vom Landesbeirat für Inklusion der Menschen mit Behinderungen an alle Parteien**

### **Inklusion**

1. Welche Schwerpunkte setzt sich Ihre Partei auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft?

*Inklusion muss als wichtiges Querschnittsthema in allen Bereichen verankert und umgesetzt werden. Dazu bedarf es vor allem auch der weiteren Sensibilisierung der Gesellschaft. Dabei sind die nachfolgenden Themen von uns priorisiert: Bildung, Wohnen, Gesundheitsvorsorge, Mobilität und Arbeit.*

2. Wie möchte Ihre Partei die kommunale Ebene dabei unterstützen? Wie möchte Ihre Partei sicherstellen, dass die für die Umsetzung notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen?

*Das Sächsische Inklusionsgesetz muss zwingend novelliert und in diesem Zuge auf die kommunale Ebene ausgeweitet werden. Da dort die entsprechend Maßnahmen gezielt geplant und bedarfsgerecht umgesetzt werden können. Uns ist dabei aber auch bewusst, dass den Kommunen hierfür entsprechende finanzielle Mittel zuteilwerden müssen. Hierzu muss auf Landesebene die Schuldenbremse flexibilisiert werden, um diese so notwendige Investition in eine inklusive Gesellschaft zu ermöglichen.*

### **Bildung**

1. Was kennzeichnet für Ihre Partei „Schulische Inklusion“ im Freistaat?

*Für uns fängt der Bildungsweg bereits im Kita-Bereich ein. Daher fordern wir eine inklusive Ausgestaltung der Kindertageseinrichtungen und ein inklusives Bildungssystem, welches Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen ein lebenslanges Lernen entsprechend ihren individuellen Bedarfen erlaubt.*

2. Welche konkreten Schritte werden Sie zur Umsetzung des Rechts auf inklusive Bildung unternehmen?

*Damit Inklusion in Regelschulen gelingen kann, braucht es personelle und finanzielle Ressourcen, welche durch das Land zur Verfügung gestellt werden müssen. Dadurch sollen zu einem multiprofessionelle Teams ermöglicht und zum anderen bestehende Barrieren hinsichtlich des Schulgebäudes abgebaut werden. Neue Schulgebäude müssen barrierefrei geplant und gebaut werden. Gleichzeitig müssen Lehr- und pädagogische Fachkräfte hinsichtlich inklusiver Beschulung regelmäßig geschult werden.*

### **Mobilität**

1. Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Barrierefreiheit des Öffentlichen Personennahverkehrs in Sachsen verbessern?

*In unserem Landeswahlprogramm haben wir uns dafür ausgesprochen Barrierefreiheit auszubauen. So soll der Ausbau barrierefreier Zugänge zu Bahnhöfen und Haltestellen flächendeckend erfolgen. Ebenso setzen wir uns ein für die Anpassung von Fahrzeugen für Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Mobilität ist für uns eine zentrale Voraussetzung für Teilhabe. Wichtig ist, dass dieses alles zeitnah passiert, da der bestehende Zeitplan für den Ausbau der Bahnhöfe nicht akzeptabel ist.*

2. Welche strukturellen und finanziellen Wege kann Ihre Partei aufzeigen, den ÖPNV finanziell so ausstatten, dass eine barrierefreie Infrastruktur hergestellt werden kann und Fahrzeuge angeschafft werden können, die eine selbstständige und barrierefreie Nutzung für alle ermöglichen?

*Hier braucht es sowohl Bundes- und Landesmittel, da die Landkreise und kreisfreien Städte mit dieser Aufgabe „überfordert“ sind, dies vor allem auch mit Blick auf die knappen Kassen. Daher ist es unser Ziel, wie oben bereits erwähnt, die Schuldenbremse zu flexibilisieren. Hier ist es auch wichtig, dass die verschiedenen Verkehrsverbände in Sachsen eng zusammenarbeiten.*

## **Gesundheitsversorgung**

1. In welcher Weise unterstützen Sie die umfassende und flächendeckende Verankerung der Verpflichtung der Krankenhäuser zur Barrierefreiheit im sächsischen Landeskrankenhausgesetz aufnehmen?

*Hier bedarf es einer entsprechenden Verankerung im Sächsischen Krankenhausgesetz, vor allem mit Blick auf den Abschnitt 3 des Paragraphen 11 „Grundsätze der Förderung“.*

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass jede Bürgerin / jeder Bürger mit dem ÖPNV innerhalb von 45 Minuten den nächsten Arzt, Facharzt und Krankenhaus erreichen kann? Wenn ja, welche Pläne haben Sie dafür?

*Leider liegt das nicht in der Hauptverantwortung des Landes, wo sich Ärzte ansiedeln. Der Ärztemangel ist in Sachsen ein sehr großes Problem. Wir wollen mit verschiedenen Angeboten wieder mehr Ärzte in unsere ländlichen Region bringen und natürlich auch die Studienplätze ausbauen. Zusätzlich wollen wir auch Projekte wie die Gemeindeschwester fördern, damit man nicht immer erst zum Arzt fahren muss. Zusätzlich wollen wir z..B. Förderung von entsprechenden Fahrdiensten, die flexibel zur Verfügung stehen. Hier muss es auch Gespräche mit den Gesetzlichen Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung geben.*

## **Wohnen**

1. Sind Sie für Veränderungen beim Baurecht bzw. Bauordnungsrecht, bspw. die Einführung eines Landeswohnraumfördergesetzes oder die Quotierung von sog. „R“-Wohnungen? Haben Sie dazu konkrete Vorhaben?

*Ja. Es müssen hierzu ausreichend Fördergelder zur Verfügung gestellt werden und hinsichtlich der Antragsstellung eine wirkliche Vereinfachung und Entbürokratisierung vollzogen werden. An dieser Stelle sprechen wir uns auch für ein „Kompetenzzentrum für Barrierefreiheit“ aus, welches an die Staatskanzlei angebunden wird.*

2. Wie möchte Ihre Partei sicherstellen, dass auch Menschen mit Behinderungen in einem barrierefreien Wohnraum im ländlichen Raum verbleiben können?

*Auch hier bedarf es entsprechender Förderprogramme und Anreize barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Gleichzeitig kommt hier auch die Förderung des ÖPNV zum Tragen.*

## **Fragen aus dem Publikum Fragen an alle Parteien**

1. Wie werden Sie sicherstellen, dass überall dort, wo Fördermittel des Freistaates eingesetzt werden (Baumaßnahmen, Projekte usw.), auch Barrierefreiheit tatsächlich umgesetzt wird und die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt sichergestellt wird? Bitte konkret beantworten!

*Barrierefreiheit muss als festverankerter Grundsatz Eingang in alle Förderrichtlinien des Landes erlangen. Verweis auf die Etablierung eines „Kompetenzzentrums für Barrierefreiheit“.*

2. In den Legislaturperioden werden zeitweise Themen rund um die Inklusion diskutiert. Alle Parteien sagen: Inklusion ist wichtig. Warum hapert es dann bei den Abstimmungen?

*Hierzu können wir aktuell nur wenig sagen, da wir eine neue Partei sind und bisher noch nicht an Abstimmungen beteiligt waren.*

3. Wie möchte ihre Partei insbesondere Menschen mit Behinderungen vor „rechter Gewalt“ schützen?

*BSW Sachsen lehnt rassistische und gewaltbereite Ideologien jeder Art lehnen ab. Um insbesondere Menschen mit Behinderungen vor Übergriffen zu schützen, brauchen wir mehr Sensibilität bei der Polizei, aber auch einen schnelle Verurteilung, sollte doch etwas passiert werden. Dazu gehört auch die Stärkung der Opferberatungen. Gesamtgesellschaftlich müssen wir mehr Aufklärungsarbeit leisten, für alle Altersstrukturen.*

4. Wie steht Ihre Partei zu den aktuellen Friedensverhandlungen?

*Wir als Bündnis verurteilen den russischen Angriff auf die Ukraine zutiefst. Aber wir glauben nicht, dass man mit immer mehr Waffenlieferungen diesen Krieg beenden kann. Wir fordern stattdessen einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen ohne Vorbedingungen. Frieden für und in Europa lässt sich dauerhaft nur dann etablieren, wenn die Sicherheitsinteressen aller Seiten respektiert werden. Helmut Schmidt hat einmal gesagt: „Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln als 1 Minute schießen“. Wir wollen die Gefahr eines Dritten Weltkrieges bannen, das sind wir allen Generationen schuldig.*

**5. Thema Gesundheit: Mehrere Parteien fordern in ihren Programmen Untersuchungsausschüsse zum Thema Corona - was sollten aus Sicht der Parteien die wichtigsten Ziele sein?**

*Ja, wir wollen auch einen Untersuchungsausschuss zum Thema Corona. Dabei geht es uns vor allem auch darum, auf eine mögliche nächste Epidemie vorbereitet zu sein und adäquat handeln zu können. Des Weiteren müssen wir verhindern, dass es zu einer erneuten Spaltung der Gesellschaft kommt.*

**Fragen an das BSW?**

1. Von wem und wie sollen Ihrer Meinung nach Menschen mit Behinderungen in den Kommunen vertreten und unterstützt werden?

*Wir möchten die Selbstvertretungen in den regionalen Behindertenbeiräten fördern und diese flächendeckend implementieren und eine bessere Einbeziehung bei Beschlüssen und Vorhaben, die sie betreffen.*